



Modell Europa Parlament **Berlin; 27. Januar bis 1. Februar 2019**

Ausschuss für internationalen Handel (INTA)

Ausschussvorsitz: Clara Hengst (Thüringen), Leon Hück (Hessen)

Die Frage nach den Handelsbeziehungen zu den USA der EU:

Wie kann die EU ihre Handelsbeziehungen, insbesondere die zu den USA, unter den Bedingungen des zunehmenden Protektionismus gestalten und verbessern? Welche Maßnahmen kann die EU hierbei ergreifen?

Das Modell Europa Parlament

- A. besorgt über das Ungleichgewicht der US-Strafzölle und bestehenden Importobergrenzen zwischen den USA und der EU,
 - B. beunruhigt über die fehlende diplomatische Verhandlungsbereitschaft und die dabei entstehende Stagnation der Handelskonflikte innerhalb der WTO¹,
 - C. besorgt um die Durchsetzungsfähigkeit der WTO,
 - D. besorgt über die Eskalation des Handelsstreits mit nachteiligen globalen Auswirkungen,
 - E. in Kenntnis über den zunehmenden Protektionismus innerhalb der großen Industrienationen,
 - F. besorgt über die fehlende multilaterale Handelspolitik,
 - G. das beständig hohe Handelsbilanzdefizit der EU im Austausch mit China bedauernd,
1. hält den Abschluss einer Vielzahl von Package Deals² zwischen der EU und den USA besonders in den Bereichen
- a. Autoindustrie,
 - b. digitale Dienstleistungen,
 - c. Hardware und Elektronik,
 - d. Agrarindustrie
- für notwendig;

¹ World Trade Organisation (dt. Welthandelsorganisation)

² Pauschalangebote in spezifischen Handelssektoren, die generelle Freihandelsabkommen umgehen sollen (TTIP)

2. bestärkt die Mitgliedsstaaten der EU weiterhin als Einheit im internationalen Handel zu agieren;
3. appelliert an die UN³ alle Konfliktparteien zu diplomatischen Schlichtungsgesprächen mit der WTO als neutrale Vermittlerpartei einzuladen;
4. fordert die WTO auf, die Vorschläge vom 26.11.18⁴ anzunehmen;
5. befürwortet die Subventionierung der WTO durch Ausbau der Personalkapazitäten;
6. befürwortet bei Nichteinhaltung des Regelwerks der WTO
 - a. finanzielle Sanktionen für die betreffenden Mitgliedsstaaten,
 - b. den Ausgleich der Handelsdefizite durch Verhandlungen zwischen den Mitgliedern;
7. autorisiert eine Neuauflage des DoHa-Verhandlungskomitees⁵ zur Verstärkung des Multilateralismus im internationalen Handel;
8. unterstützt die klare Definition eines rechtlich bindenden und festgelegten Zuständigkeitsbereiches bezüglich der
 - a. Moderation und Lösung von Handelskonflikten,
 - b. Überwachung nationaler Handelspolitik,
 - c. Zusammenführung von Konfliktnationen zur Beseitigung nationaler Differenzeninnerhalb der WTO;
9. begrüßt die Gründung eines Gremiums der WTO zur Bestimmung konkreter Richtlinien bezüglich wirtschaftsstützender, protektionistischer Maßnahmen;
10. unterstützt die Stabilisierung der Im- und Exportgeschäfte zwischen China und der EU durch
 - a. eine ausreichenden Anzahl an Package Deals,
 - b. Beleben der gemeinsamen Verhandlungen;
11. strebt engere handelspolitische Beziehungen mit der Volksrepublik China als Handelspartner innerhalb der WTO an;
12. verurteilt die Nutzung von langezeitigem Protektionismus als Vergeltungsmaßnahme im internationalen Handelsstreit;
13. autorisiert die Nutzung temporärer, protektionistischer Maßnahmen mit dem Ziel
 - a. der Stabilisierung des heimischen Wirtschaftsmarktes,
 - b. der Sicherung von Arbeitsplätzen,
 - c. des Vorantreibens der inländischen Wirtschaft im internationalen Wettbewerb,
 - d. des Schutzes des Gedankenguts inländischer Firmen;

³ United Nations (dt. Vereinte Nationen)

⁴ Vorschläge zur Reform der WTO hinsichtlich einer effizienteren Arbeit

⁵ Zusammenkommen der Wirtschafts-/Handelsminister der WTO-Mitgliedsstaaten

14. unterstützt das Investitionsabkommen⁶ zwischen der EU und China unter der Maßgabe einer Investitionsbeschränkung;
15. verkündet himmelhochjauchzend die Einrichtung des Fonds *FUSS*⁷ zur Finanzierung aller oben benannter Maßnahmen;
16. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

⁶ Abkommen um 27 bilaterale Investitionsverträge durch eine einheitliche europäische Investitionsregel zu ersetzen

⁷ Förderung der Unität und Stabilisierung der wirtschaftlichen Systeme



Modell Europa Parlament **Berlin; 27. Januar bis 1. Februar 2019**

Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)

Ausschussvorsitz: Jan Kroiss (Baden-Württemberg), Maximilian Hoffmeister (Schleswig-Holstein)

Die Frage nach dem Wiederaufbau Syriens:

Wie kann die EU beim Wiederaufbau der befriedigten Regionen helfen und zu einer langfristig sicheren und friedlichen Lösung in diesem Konflikt beitragen?

Das Modell Europa Parlament,

- A. besorgt über die Sicherheit und Versorgung von Zivilisten und Hilfskräften im Konfliktgebiet,
 - B. alarmiert durch wiederholte Verstöße gegen das ILOW⁸ während des Syrien-Konfliktes,
 - C. alarmiert von den Autonomieansprüchen der Kurden und deren Bedrängnis durch die Türkei und anderen Staaten,
 - D. besorgt über die Eingriffe der Türkei im Syrien-Konflikt,
 - E. hinweisend auf die vielen in Syrien um Macht und Einfluss kämpfenden, untereinander verfeindeten Rebellengruppen und die bestehende Bedrohung durch den sog. Islamischen Staat,
 - F. beunruhigt über den Abzug der US-Armee aus Syrien und die daraus möglicherweise entstehende Machtumverteilung,
 - G. aufgrund der Tatsache der unwahrscheinlichen Möglichkeit des eigenständigen Wiederaufbau Syriens ohne fremde Hilfe,
 - H. beunruhigt über Assads Regime und die Art und Weise der Einmischung Russlands in den Konflikt,
-
- 1. drängt zu Friedensgesprächen mit den verhandlungsbereiten Rebellen, der syrischen Regierung und ihren Verbündeten mit Unterstützung der UN;

⁸ International Law of War (dt. Internationales Kriegsgesetz)

2. drängt zu einer Stellungnahme der Türkei in Bezug auf ihre bisher unklare Position im Syrien-Konflikt mit besonderem Augenmerk auf
 - a. Aufstände von kurdischen Rebellengruppen,
 - b. den sog. Islamischen Staat,
 - c. die Zusammenarbeit mit der EU;
3. beschließt eine multimediale Aufklärungskampagne für die Öffentlichkeit über die
 - a. Verstöße gegen das ILOW⁹ im Syrien-Konflikt,
 - b. humanitäre Lage in Syrien;
4. unterstützt Hilfsorganisationen (Nichtregierungsorganisationen) finanziell, die sich am Wiederaufbau Syriens beteiligen;
5. gründet das Gremium *GÄH* zur Überwachung der Einhaltung von Waffenruhen mit der Aufgabe Regelverstöße vor das Kriegsgericht zu führen;
6. fordert alle europäischen Länder auf, eine selbst zu entscheidende Anzahl an Truppen, welche primär die Hilfsorganisationen, aber auch im Fall einer vom Gremium *GÄH* festgestellten Notwendigkeit RtoP¹⁰ die Zivilisten beschützt, zu mobilisieren;
7. plädiert Russland an ausgewählte Verhandlungstische zum Syrien-Konflikt heranzuziehen und bei der Findung diplomatischer Lösungen mit einzubeziehen;
8. erklärt die syrische Regierung zu unterstützen, sobald sich diese den Weg zu einem souveränen und demokratischen Rechtsstaat beschreitet;
9. bestärkt eine diplomatische Initiative an die syrische Regierung, mit wirtschaftlichen und sozialpolitischen Boni, gegen eine Gewährleistung der Sicherheit von Hilfskräften und der Zivilbevölkerung anzubieten;
10. schlägt Syrien, der Türkei, dem Iran und dem Irak Verhandlungen über die Autonomieforderungen der Kurden unter Leitung der UN vor und bietet sich bei diesen als Vermittlungspartner an;
11. gründet den Fonds *FzSeLfiSK*¹¹ zur Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen;
12. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

⁹ International Law of War

¹⁰ Responsibility to Protect (dt. Schutzverantwortung)

¹¹ Fonds zur Subventionierung einer Lösungsfindung im Syrien-Konflikt



Modell Europa Parlament

Berlin; 27. Januar bis 1. Februar 2019

Ausschuss für Kultur und Bildung

Ausschussvorsitz: Annalena von Chamier (Berlin), Lasse Lutgen (Koblenz)

***Die Frage nach der Gestaltung des Europäischen Bildungsraums:
Die EU-Kommission hat sich vorgenommen, bis 2025 einen
Europäischen Bildungsraum zu schaffen. Wie ist das Vorhaben zu
verwirklichen? Wie können dabei Chancen- und
Bildungsgerechtigkeit eine Rolle spielen?***

Das Modell Europa Parlament

- A. beunruhigt über den Mangel an Integration mit besonderem Augenmerk auf Inklusion von benachteiligten Personengruppen mit Einschränkung jeglicher Art,
- B. beunruhigt durch den Mangel an
 - i. Lehrpersonal an Bildungsinstituten,
 - ii. Sozialpädagogen
 - iii. Fremdsprachenkenntnissen,
 - iv. Informationen über (EU-)Bildungsprojekte,
- C. unter Hinweis auf den ausbaufähigen Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Lehrenden und Ministerien auf EU-Ebene im Bildungsraum,
- D. besorgt über die fehlende technische Ausstattung und Wartung in Bildungseinrichtungen,
- E. hinweisend auf die mangelnden Kompetenzen von Lernenden und Lehrenden im Bereich der modernen Medien,
- F. angesichts der verschiedenen Zulassungsmethoden für Bildungsinstitute,
- G. in Kenntnis des erschwerten Zugangs zur Bildung aufgrund von mangelnder Mobilität der Lernenden,
- H. beunruhigt über die weiter andauernde Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und Sexualität im Bildungsraum,
- I. besorgt über die vorhandene Perspektivlosigkeit und Unwissenheit in Hinsicht auf weiterführende Bildung und den Einstieg in die Arbeitswelt,

- J. beunruhigt über die großen Unterschiede der Bildungsstandards und Bildungssysteme zwischen den Mitgliedstaaten,
 - K. daran erinnernd, dass das Anerkennen und Vergleichen von Abschlüssen durch verschiedene Wertungen der EU-Länder zu hohem bürokratischen Aufwand führt,
 - L. alarmiert von den fehlenden finanziellen Mitteln im Bereich Bildung und deren Projekten,
1. erinnert an Artikel 165 und 166 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und verweist auf ihre koordinierende, vermittelnde und beratende Rolle im Bereich der Bildung;
 2. begrüßt verpflichtende regelmäßige Seminare für Lehrende im Bereich der modernen Medien im Zuge ihrer Ausbildung und ebenso während ihrer weiteren Laufbahn;
 3. wünscht die Einführung und den Ausbau des Faches ITG¹² in allen Staaten des europäischen Bildungsraumes;
 4. hält Unterstützung bei der Berufsorientierung der Schüler*innen nötig durch
 - a. regelmäßige Gespräche mit Hilfe von spezialisierten Pädagogen,
 - b. multimedialen Aufklärungskampagnen zur Information über verschiedene Berufsgruppen;
 5. wünscht mehr Möglichkeiten der praktischen Erfahrung zum Kennenlernen der Arbeitswelt;
 6. plädiert für
 - a. die Erweiterung der öffentlichen Verkehrsmittel und deren Netze,
 - b. die verstärkte Vergünstigung ihrer Nutzungsgebühren für Lernende,
 - c. den Ausbau und die Erweiterung der Infrastruktur in allen Teilen der EU;
 7. bestärkt die Einführung und Unterstützung von Vorbereitungsklassen für Migranten und Geflüchtete in Schulen zum Sprachenlernen vor der Eingliederung in Schulklassen;
 8. drängt auf den barrierefreien Zugang zu jeder Bildungseinrichtung und die individuelle Unterstützung von Lernenden mit Lernschwächen durch speziell ausgebildete Pädagogen*innen;
 9. befürwortet den EU-Bildungsgipfel und eine Subventionierung dessen;
 10. fördert die Weiterentwicklung der Onlineplattform der eTwinning für den erleichterten ganzjährigen Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Lehrenden und Ministerien erreichbar durch die Aufklärung der Lehrenden

¹² Informationstechnische Grundbildung

und der Ministerien

11. fordert für jede*n Schüler*in eine Möglichkeit zur Kontaktaufnahme zu einem Schulpsychologen;
12. begrüßt freiwillige zusätzliche Kurse in Universitäten und Hochschulen für Lehramtsstudenten in vielseitigen pädagogischen Bereichen;
13. führt an allen weiterführenden Schulformen eine jugendorientierte multimediale Aufklärungskampagne zur Informationsverbreitung über europaweite Austausch- und Bildungsprogramme ein;
14. bietet finanzielle Unterstützung für derartig benachteiligte Haushalte an;
15. unterstützt das Projekt EU-Studienausweis, Europapass und Europäischer Qualifikationsrahmen zur Anerkennung verschiedener Abschlüsse im EU-Ausland;
16. erinnernd an das höhergestellte Ziel in der EU zur Anwerbung internationaler Abschlüsse erreichbar durch eine Ermutigung der Bildungseinrichtungen Europas zur Aufnahme des bürokratischen Aufwandes entstehend bei dem Punktettransfer zwischen Universitäten;
17. bekräftigt die finanzielle Unterstützung der digitalen Ausstattung in Bildungseinrichtungen sowie deren regelmäßige Wartung durch qualifiziertes Personal;
18. erklärt die Rolle des Abschlusszensurendurchschnitts für wenig entscheidend und sympathisiert studienbezogene Eignungstests bei der Bewerbung für ein Studium;
19. erwünscht einen verpflichtenden europaweiten Zukunftstag für Schüler*innen zur Bekämpfung von Geschlechterrollen
20. gründet den Fond *BERLIN* zur Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen;
21. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.



Modell Europa Parlament **Berlin; 27. Januar bis 1. Februar 2019**

Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)

Ausschussvorsitz: Jeremy Wokittel (Bayern), Carlos van Werde (Bremen)

***Die Frage nach der wirtschaftlichen Weiterentwicklung der EU:
Wie kann die EU im Licht von „Sharing Economy“ und „Arbeit 4.0“, mit
den negativen sozialen wie auch wirtschaftlichen Konsequenzen
umgehen und ihr Handeln den Innovationen anpassen?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. besorgt über das Wegfallen vieler Berufe und Arbeitsplätze, besonders im Niedriglohnsektor durch die Digitalisierung der Arbeitswelt in Europa,
- B. alarmiert von der Kluft generations- und sozialbedingter Schichten, aufgrund der mangelnden digitalen Bildung und Informationsbereitstellung,
- C. drängend auf einen verbesserten Schutz der digitalen Daten gegenüber und vor Sicherheitsrisiken durch Cyberkriminalität,
- D. alarmiert von uneinheitlichen europäischen Definitionen und daraus folgenden Regulierungen für "Sharing-Economy"-Unternehmen,
- E. in Kenntnis von ungleichen Zugriffsmöglichkeiten und den Disparitäten zwischen den einzelnen Ländern bezüglich des fehlenden Netzausbaus und der unterschiedlichen Markteintrittsbarrieren,
- F. tief besorgt über die weltweite Konkurrenz von Start-Ups in Europa und dem dadurch entstehenden ruinösen Wettbewerb für europäische Start-Ups,
- G. Unter Hinweis auf mangelnde Transparenz und Zusammenarbeit der Finanzbehörden und "Sharing Economy"-Plattformen bezüglich steuerlich relevanter Buchungen,
- H. alarmiert von fehlendem Versicherungsschutz und nicht genau geregelten Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten bezüglich Sharing Economy,

1. führt eine multimediale Aufklärungskampagne *MAFIA* zur Aufklärung der Mitgliedsstaaten ein, um
 - a. eine einheitliche Wissensbasis im Bereich der digitalen Medienkompetenz für alle Altersgruppen zu schaffen,
 - b. gleiche Chancen für alle Altersgruppen auf dem digitalen Arbeitsmarkt zu garantieren,
 - c. die Gesellschaft über das Entstehen neuer Berufe und möglicher Umschulungen zu informieren;
2. subventioniert Erasmus+ und *CEDEFOP*¹³, sowie ähnliche Programme in höheren Maßen zur
 - a. Förderung von Umschulungen auf weniger bedrohte Berufe, die ähnliche Kompetenzen erfordern,
 - b. besseren Weiterbildung;
3. wünscht ein Austauschprogramm mit Landesvertretern bezüglich Arbeit 4.0 unterschiedlich digitalisierter Länder;
4. unterstützt den Ausbau von Glasfaserkabeln und einen erhöhten Mindeststandard des Mobilfunk- und Breitbandnetzes in allen EU-Mitgliedsstaaten;
5. gründet das Gremium *Social* zur Erarbeitung von Lösungen der
 - a. Arbeitnehmerrechte für Versicherung und Haftung,
 - b. Verbraucherrechte in Form von Informationsauskunft und Beschwerdestellen;
6. beschließt die Unterstützung europäischer Start-Ups durch die
 - a. Schaffung eines von der Europäischen Union finanzierten Gründernetzwerkes als Austauschmöglichkeit zwischen Gründern,
 - b. Förderung von Plattformen, welche der Investorenfindung dienen,
 - c. Förderung und Subventionierung von Arbeit 4.0 durch Programme wie, aber nicht beschränkt auf „Wifi 4 EU“;
7. initiiert einen digitalen *Chat mit EU*
 - a. zum monatlichen Austausch von Lösungsansätzen,
 - b. zu Anregungen und Problemen bezüglich der europäischen Arbeitspolitikmit Landesvertretern der jeweiligen EU-Staaten in ihrer Landessprache;
8. verstärkt die Subventionen an *ENISA*¹⁴ als wichtigen Bestandteil der EU-Cybersicherheit;
9. erinnert an Möglichkeiten zur Datenreplikation wie z. B. „3-2-1-Backupstrategie“ bzw. RAID-Konfigurationen;
10. unterstützt die Vereinfachung und Digitalisierung der bürokratischen Abläufe zur Beantragung von Subventionen für Start-Ups;

¹³ Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung

¹⁴ Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit

11. gründet das Gremium *SH-Expert* zur Festlegung
 - a. der Zugehörigkeit zur "Sharing Economy"-Branche,
 - b. des Unterschieds zwischen privaten und professionellen Anbietern;
12. empfiehlt die Verabschiedung von Gesetzen in EU-Mitgliedsstaaten zur transparenten Einsicht von Buchungen auf kollaborativen Wirtschaftsplattformen, durch Finanzbehörden, zwecks besserer Überprüfung der Steuerzahlungen;
13. verkündet feierlich die Gründung des Fonds *muss los* zur Subventionierung der oben genannten Maßnahmen;
14. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.



Modell Europa Parlament

Berlin; 27. Januar bis 1. Februar 2019

Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO)

Ausschussvorsitz: Lizanne Johann (Saarland), Albert Paschen (Brandenburg)

***Die Frage nach dem Umgang mit Populismus in der EU:
Welche Maßnahmen soll die EU angesichts der aktuellen
Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten ergreifen, um vor allem
Jugendlichen ihre Werte zu vermitteln und gegen Nationalismus
und Populismus vorzugehen?***

Das Modell Europa Parlament

- A. besorgt über Zweifel an der Fähigkeit der Politiker im Umgang mit der Globalisierung verstärkt durch Kritik von Populisten und Nationalisten,
- B. tief besorgt über
 - a. die Ausgrenzung von Minderheiten durch Populisten und deren negativen Einstellungen bezüglich Migration,
 - b. die Idealisierung einer nationalpopulistischen Vergangenheit durch ebendiese,
 - c. die aufsteigende Skepsis gegen die Europäische Union,
- C. beunruhigt durch die teilweise unkoordinierte Politik und mangelnde Kompromissbereitschaft in der EU,
- D. alarmiert von der fehlenden Medienpräsenz von Parteien innerhalb der EU und der daraus folgenden Desinformation der Jugendlichen,
- E. beunruhigt über den Wählerverlust der Volksparteien durch die Unzufriedenheit der Bürger teilweise in Protestwahlen endend,
- F. tief besorgt von steigenden Sympathien zum Autoritarismus, Chauvinismus und Populismus in der Bevölkerung und im EU-Parlament,
- G. besorgt über die immer größer werdende Distanz der Bürgerinnen und Bürger zur EU und ihren Institutionen,
- H. alarmiert von der mangelhaften Transparenz bei politischen Entscheidungen innerhalb der Institutionen der EU,

1. hält eine Neuauslegung des Artikel 7, Absatz 2 für notwendig¹⁵;
2. gründet ein Gremium *INFO*¹⁶ zur
 - a. Ausarbeitung einer EU-weiten Onlinebefragung zur aktuellen Zufriedenheit der Bürger und ihrer Durchführung,
 - b. Aufklärung über Folgen von Protestwahlen und Wahlverweigerung,
 - c. Information über das politische Geschehen durch
 - i. Veranstaltungen an Schulen,
 - ii. öffentliche Messen;
3. subventioniert demokratiefördernde Jugendprojekte;
4. richtet eine multimediale Aufklärungskampagne zur
 - a. historisch korrekten Aufklärung zu den Folgen von Extremismus und Populismus,
 - b. Notwendigkeit der in Art.2 des EU-Vertrags genannten Werte,
 - c. Förderung des Verständnisses der Globalisierung,
 ein;
5. verkündet feierlich die Gründung eines Gremiums *MPGA*¹⁷ für die Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung der Entscheidungsfindungen des EU-Parlaments;
6. hält die Jugend ansprechende und lehrreiche audiovisuelle Produktionen beispielsweise mit Zeitzeugen für notwendig;
7. unterstützt EU-weite Exit-Programme;
8. fordert eine verbesserte Medienpräsenz durch Social Media und Websites;
9. ruft zur angebrachten Kompromissbereitschaft und zur verstärkten Förderung von Kooperationen zwischen EU-Mitgliedstaaten auf;
10. fordert eine Rückbesinnung auf das Subsidiaritätsprinzip;
11. begrüßt die Ausweitung von Übertragungen der Debatten und Sitzungen der Institutionen der europäischen Union;
12. fordert die Information über Übertragungen oben genannter Debatten und Sitzungen in den informierenden und interaktiven Medien wie
 - a. Radio,
 - b. Zeitung,
 - c. Fernsehen,
 - d. Internet;
13. schlägt eine Verbesserung des Kontaktes zwischen Bürgern und Politikern

¹⁵ Alle Mitgliedsstaaten, gegen die aktuell ein Verfahren nach Artikel 7 läuft, verlieren ihr Stimmrecht bei allen Abstimmungen in Artikel-7-Verfahren im Europäischen Rat

¹⁶ Innere, Noch Friedliche Opposition

¹⁷ Make Politiker Great Again

durch mehr Parteiveranstaltungen und die Verlängerung der Wahlkreiswochen vor;

14. gründet den Fonds *JESUS*¹⁸ zur Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen;
15. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

¹⁸ Jugendlicher Europäischer Super Unions Superfonds“



Modell Europa Parlament

Berlin; 27. Januar bis 1. Februar 2019

Ausschuss 6

Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI)

Ausschussvorsitz: Friedemann Raabe (Sachsen-Anhalt), Merle Neubert
(Niedersachsen)

Die Frage nach dem Schutz der Umwelt:

***Welche Maßnahmen kann die EU ergreifen, um den Ausstoß klimawirksamer
Atmosphärogase („Treibhausgase“) zu reduzieren und den dadurch
verursachten Klimawandel aufzuhalten?***

Das Modell Europa Parlament

- A. alarmiert von der anthropogenen CO₂-Emission,
- B. hinweisend auf die, in der Landwirtschaft entstehenden, hohen Methan-Emissionen,
- C. Anstoß nehmend an den Einsatz von, den Klimawandel vorantreibendem, Lachgas im Landwirtschaftssektor,
- D. besorgt über den Ausstoß klimaschädlicher fluorierten Treibhausgase (F-Gase),
- E. besorgt über die mangelnde Kooperation innerhalb der Europäischen Union (EU) in Bezug auf die
 - i. Umsetzung der Klimaziele,
 - ii. Konsequenzen bei Missachtung der Klimaziele,
- F. tief besorgt über die mangelnde Nachhaltigkeit unter anderem in den Bereichen
 - i. Energie,
 - ii. Landwirtschaft,
 - iii. Verkehr,
 - iv. Industrie,
 - v. Abfallwirtschaft,
- G. Anstoß nehmend an dem Mangel alternativer Arbeitsplätze aufgrund der Reformierung zur Verringerung von Treibhausgasen,
- H. besorgt über die mangelnde Aufklärung bezogen auf
 - i. die menschengemachten Treibhausgasemissionen,
 - ii. klimabewusstes Verhalten,

1. bestärkt bereits bestehende Kampagnen und startet eine neue EU-weite multimediale Aufklärungskampagne zu Themen wie, aber nicht ausschließlich klimabewusstem Verhalten;
2. hält den Schutz und die Neupflanzung von Wäldern innerhalb der EU mit Hilfe einer verstärkten Umsetzung der bereits getroffenen LULUCF-Verordnung für notwendig;
3. plädiert für die freiwillige Einführung und Durchsetzung einer CO₂-Steuer auf den Verbrauch fossiler Brennstoffe innerhalb der EU;
4. plädiert für die Aufrüstung von Ställen der massenhaften Rinderhaltung mit Biogasanlagen bis 2025 in Verbindung mit der kompletten Distanzierung von Massentränerhaltung bis 2050 oder der subventionierten Distanzierung von massenhafter Rinderhaltung bis 2033;
5. subventioniert Landwirte bei der Umsetzung der oben genannten Maßnahmen für die Landwirtschaft und sanktioniert Landwirte bei Nichtumsetzung;
6. bestärkt die EU-Verordnung 517/2014¹⁹ und führt eine Kontrollinstanz auf EU-Ebene zur Überprüfung der Einhaltung der Verordnung 517/2014 in öffentlichen Betrieben ein;
7. beschließt die Einführung strengerer Richtlinien in Bezug auf stickstoffhaltige Düngemittel;
8. schlägt eine Änderung der Lastenteilungsverordnung vor, hin zu einer Mindestreduktion pro Land von 10% bis 2030;
9. erinnert an die Solidaritätsklausel;
10. wünscht die Einführung einer universellen Aufklärungseinheit bezüglich der Treibhausgasemissionen in den Lehrplan;
11. plädiert für die Einführung eines unter dem Gremium *Co4* stehendem "Treibhausgas-Klassen"- System für erwerbzbare Produkte;
12. befürwortet eine Intensivierung von Recycling und die Einführung eines EU-weiten Pfandsystems;
13. beschließt die Aufhebung der Subventionierung von Kerosin;
14. plädiert für die Förderung dezentraler erneuerbarer Energieversorgungen;
15. erklärt den EU-weiten Kohleausstieg bis zu einem von dem Expertengremium *EZZEK* festgelegten Zeitpunkt;
16. fordert eine schrittweise Verkaufssenkung von Verbrennungsmotoren bis zu einem vom Expertengremium *EZZEK* festgelegten Zeitpunkt;

¹⁹ Verordnung über fluorierte Treibhausgase und der dadurch verursachten Emission sowie dessen Reduzierung

17. begrüßt die soziale Absicherung sowie die kostenlose Umschulung der von Reformierung zur Verringerung der Treibhausgase betroffenen Arbeiter*innen;
18. beschließt die verstärkte Subventionierung des Ausbaus
 - a. der einheitlichen Einführung von CO₂-Filtern in der kommerziellen Schifffahrt,
 - b. der effektiven Vernetzung der Bahn,
 - c. beim Umrüsten auf LNG-bzw. Schiffe,
 - d. beim Bau von LNG-hybridbetriebenen Schiffen;
19. plädiert Treibhausgase mehr in den politischen Fokus zu setzen, durch
 - a. Kontrollen einer europäischen Aufsichtsbehörde in Form von jährlich abgegebenen Berichten,
 - b. die erhöhte Strafzahlung bei Missachtung der Klimaziele der EU;
20. gründet ein Expertengremium *EZZEK*²⁰ für die Ermittlung der Daten oben genannter Ziele der EU-Klimapolitik;
21. gründet den Fond *FRIEDEMANN*²¹ für die Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen;
22. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

²⁰ Ermittlung für Zahlen von Zielen der Klimapolitik

²¹ **Fond für Regionale und Internationale Entwicklung Durch Einheitliches Mitgliedschaftliches Auffälliges Normales Nachfinanzieren**



Modell Europa Parlament **Berlin; 27. Januar bis 1. Februar 2019**

Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres [LIBE 2]

Ausschussvorsitz: Capar Oesterling (Bremen), Constantin Rohn (Leipzig)

Die Frage nach der geregelten Einwanderung in die EU: Wie kann die EU unter Berücksichtigung geltenden Asylrechts eine geregelte Aufnahme der Flüchtlinge, die in einem EU-Land Asyl beantragen wollen, garantieren?

Das Modell Europa Parlament,

- A. tief besorgt über die unzureichende Vernetzung unter den Mitgliedsstaaten, welche zu logistischen Problemen führt,
- B. alarmiert von der unzureichenden Informierung der Flüchtlinge,
- C. besorgt über die mangelnde Solidarität unter den Mitgliedsstaaten, insbesondere bezüglich der EU-weiten Verteilung und Aufnahme von Flüchtlingen,
- D. beunruhigt über die große Fremdenfeindlichkeit in der Bevölkerung der EU-Mitgliedsstaaten,
- E. in Bewusstsein von der fehlenden Bereitschaft zu integrativen Maßnahmen in der EU,
- F. in Kenntnis der vielen Toten und Verletzten bei illegalen Schlepperfahrten,
- G. alarmiert von den durch Frontex koordinierten und unterstützen Völkerrechtswidrigen Push-Back Operationen,
- H. angesichts der Differenzen bei Asylverfahren,
 1. gründet die europäische Behörde „LOVF“²² zur zentralen Steuerung in logistischen Fragen bei der Flüchtlingsverteilung, insbesondere hinsichtlich der Aufnahmekapazitäten der EU-Mitgliedsstaaten;
 2. drängt auf stärkere Einhaltung des bestehenden „Verteilungsschlüssels“ der EU-Mitgliedsstaaten mit entsprechenden finanziellen Entlohnungen bei

²² Logistische Organisation für die Verteilung von Flüchtlingen

Einhaltung;

3. empfiehlt eine Verpflichtung zu Sprachkursen und weiteren sozialen Angeboten;
4. beschließt die konsequentere Durchsetzung der Asylverfahrensrichtlinie, der Anerkennungsrichtlinie und Aufnahmebedingungsrichtlinie mit finanzieller Entlohnung bei Erfüllung der Richtlinien;
5. begrüßt eine Personalaufstockung der nationalen Behörden zur Verbesserung der Asylverfahren;
6. gründet die europäische Behörde „LOVF“²³ zur zentralen Steuerung in logistischen Fragen bei der Flüchtlingsverteilung, insbesondere hinsichtlich der Aufnahmekapazitäten der EU-Mitgliedsstaaten;
7. drängt auf stärkere Einhaltung des bestehenden „Verteilungsschlüssels“ der EU-Mitgliedsstaaten mit entsprechenden finanziellen Entlohnungen bei Einhaltung;
8. empfiehlt eine Verpflichtung zu Sprachkursen und weiteren sozialen Angeboten;
9. beschließt die konsequentere Durchsetzung der Asylverfahrensrichtlinie, der Anerkennungsrichtlinie und Aufnahmebedingungsrichtlinie mit finanzieller Entlohnung bei Erfüllung der Richtlinien;
10. begrüßt eine Personalaufstockung der nationalen Behörden zur Verbesserung der Asylverfahren;
11. führt eine multimediale Aufklärungskampagne zur
 - a. Aufklärung der Flüchtlinge über ihre Rechte, Pflichten und Möglichkeiten,
 - b. Integration der Flüchtlingeein;
12. führt eine multimediale Aufklärungskampagne zur
 - a. Beseitigung von Vorurteilen in der Bevölkerung,
 - b. Akzeptanz der Flüchtlingeein;
13. fordert
 - a. legale Einwanderungsmöglichkeiten für Flüchtlinge nach Annahme eines gestellten Asylantrages durch die EU, in eigens dafür eingerichteten Asylzentren in Nordafrika,
 - b. stärkere und effektivere Grenzkontrollen im Mittelmeerraum und Rückführung von in Nordafrika abgelehnten Asylbewerbern;

²³ Logistische Organisation für die Verteilung von Flüchtlingen

14. richtet ein Kontrollgremium namens „EHRCO²⁴“ ein, welches
 - a. Flüchtlingen ermöglicht bei Verstößen von „Frontex“ gegen das internationale Flüchtlingsrecht Beschwerde einzureichen,
 - b. die Beschwerde überprüft und die notwendigen Konsequenzen zieht;
15. plädiert für die Einhaltung des EU-Türkei-Flüchtlingsabkommens, insbesondere auch an diese damit verbundenen 72 Bedingungen an die Türkei im „Fahrplan zur Einführung der Visumsfreiheit mit der Türkei“ von 2013;
16. beschließt die finanzielle Förderung von Projekten zur Begegnung von Flüchtlingen mit EU-Bürgern;
17. fordert abgelehnte Asylbewerber schneller und konsequenter abzuschicken;
18. leitet die Lösung des IC Ds an den Ausschuss 2 für institutionelle Fragen (AFCO) weiter;
19. gründet das Gremium „EUCC“²⁵ zur Feststellung der Handlungsbereitschaft der EU-Staaten;
20. fordert die Subventionierung von Hilfsorganisationen im Mittelmeer;
21. verkündet feierlich die Gründung des Fonds „MULA“ zur Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen;
22. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

²⁴ European Human Rights Control Organization

²⁵ European Union Control Committee



Modell Europa Parlament **Berlin; 27. Januar bis 1. Februar 2019**

Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres [LIBE 1]

Ausschussvorsitz: Clara Hennicke (Nordrhein-Westfalen), Charlotte Marquardt-Schulze (Mecklenburg-Vorpommern)

Die Frage nach dem Umgang mit gezielter Fehlinformation im Internet:

Welche Maßnahmen kann die EU, besonders im Hinblick auf die Europawahl 2019, ergreifen, um die Manipulation durch Desinformation im Internet und in Sozialen Medien zu verhindern? Wie können die sich durch das Internet bietenden Chancen genutzt werden?

Das Modell Europa Parlament,

- A. besorgt über die geringe Eigeninitiative innerhalb des Privatsektors;
- B. alarmiert von der Einflussnahme von Desinformation beim Prozess der neutralen Meinungsbildung;
- C. besorgt über den Mangel an Aufklärung und Aufklärungsmöglichkeiten sowie dem daraus resultierenden erhöhtem Risiko der Verbreitung und Einflussnahme von Desinformationen;
- D. in Sorge über das Volumen, die Reichweite und die rapide Verbreitung von Desinformationen im europäischen digitalen Binnenraum;
- E. in Kenntnis von der Ineffizienz bereits bestehender Maßnahmen der europäischen Union gegen Desinformation im Internet;
- F. in der Gewissheit eines Fehlenden rechtlichen Rahmens zum Umgang mit Desinformation;
- G. realisierend die große Anzahl an Bot-Aktivitäten und Bot-Accounts;
- H. kritisierend die mangelnde Transparenz bei der Authentizität von Artikeln;
- I. unter Hinweis auf ungleiche Sicherheitsregulierungen und Bemühungen gegen Desinformationen der Mitgliedsstaaten der EU;
- J. alarmiert von problematischer Herkunft der Fake- News und unklarer Identität der Veröffentlichenden;

K. im Glauben von zu schwacher Präsenz der Europäischen Union im Internet und Mangel an Digitaler Werbung für die Europawahlen;

1. hält die Einführung eines Bewertungssystems für Online Plattformen für notwendig, welches
 - a. mittels einer Notenskala bewertet, ob und inwiefern die Plattform gegen Desinformationen vorgeht,
 - b. die Online-Plattformen anhand der im Code of Practice vorgelegten Berichte und veröffentlichte Informationen bewertet,
 - c. Ergebnisse im Impressum pflichtmäßig angibt, eine umfangreichere, allgemeinverständlichere Darstellung und Erklärung des Bewertungssystems auf einer erstellten Internetseite enthält;
2. begrüßt die Subventionierung von
 - a. überprüften und vorgeschlagenen Maßnahmen des Gremiums
 - b. privaten Firmen, welche die oben benannten Maßnahmen im europäischen Binnenraum auf den jeweiligen Plattformen umsetzen;
3. empfiehlt das aktive Bewusstmachen gegenüber gezielten Desinformationen umsetzbar in Form von
 - a. schulinternen Projekten, in denen Schüler*innen über die Glaubwürdigkeit und Überprüfung von Quellen informiert werden,
 - b. einer Onlinekampagne, um den Bürger*innen das Unterscheiden von glaubwürdigen Nachrichten und gezielter Desinformation zu erklären und den Umgang damit zu erleichtern;
4. spricht sich für einen Ausschluss politischer Inhalte von den automatischen Individualisierungsfiltren aus wobei in unklaren Fällen ein Gremium diese als solche kennzeichnet;
5. führt eine multimediale Aufklärungskampagne zur Erkennung von desinformierenden Nachrichten und deren Gefahren durch;
6. erhöht das Budget für Erasmus+, CEDEFOP²⁶, ENISA²⁷ und alle vergleichbaren Einheiten;
7. unterstützt Projekte gegen Radikalismus und Populismus und leitet die Problematik der populistischen Herkunft von Desinformationen an den AFCC-Ausschuss weiter;
8. befürwortet ein Gesetz zur Verpflichtung von Identitätsnachweisen vor dem Kauf von Werbeanzeigen im Internet;

²⁶ European Centre for the Development of Vocational Training (dt.: Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung)

²⁷ Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit

9. wünscht die Einführung eines virtuellen Newsrooms, der
- a. Links zu verifizierten, sich auf politische Ereignisse beziehende Artikeln zur Verfügung stellt,
 - b. von investigativen Journalisten betrieben wird;

10. empfiehlt ein Gesetz, welches
- a. die Berichtspflichten der Konzerne klar definiert,
 - b. Plattformen für das Ignorieren von gemeldeten Desinformationen bestraft,
 - c. Plattformen zum Löschen von desinformativen Inhalten verpflichtet;

10. befürwortet eine EU-Verordnung, die
- a. einen einheitlichen Mindestsicherheitsstandard gegen desinformative Inhalte für alle EU- Mitgliedsstaaten vorsieht,
 - b. besondere Bemühungen der Mitgliedsstaaten gegen Desinformation subventioniert;

12. befürwortet die Einführung eines neuen Kommissar-Posten, verantwortlich für
- a. die Verwaltung von
 - i. allen Einheiten zu Desinformation,
 - ii. Maßnahmen der EU und des Gremiums
 - b. die Überwachung der
 - i. Eingesetzten Maßnahmen
 - ii. Einflussnahme von Desinformation von innen und außen;

13. befürwortet einen Ausbau der Task Force East StratCom
- a. bezüglich des Zuständigkeitsbereichs auf ganz Europa und seine Außengrenzen
 - b. betreffend einer besseren Kommunikationsstrategie die auf Online Plattformen über die Erfolge informiert;

14. fördert die Entwicklung und Etablierung von Algorithmen zur Erkennung und Blockierung von Bot-Accounts;

15. empfiehlt die Einführung des EU-Weiten Gütesiegels „NonAlternativeFacts“, zur Kennzeichnung verlässlicher und geprüfter Quellen;

16. befürwortet das Erstellen einer Verordnung und Entwicklung einer, vor allem in sozialen Medien aktiven, multimedialen Informationskampagne über
- a. die Rolle, Arbeitsweise und Wichtigkeit der Europäischen Union
 - b. die Wichtigkeit des Wählens;

17. subventioniert Wahlwerbung hinsichtlich der Europawahl 2019;
18. beschließt eine multimediale Werbekampagne LIEBE;
19. fordert die Vereinfachung der Meldewege für die zuständigen Institutionen;
20. gründet den alle oben genannten Maßnahmen finanzierenden Fond NOAH und das Gremium NRW;
21. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.